

Besprechungen

Anton Konrad: Investitionskriterien und Preismechanismus in Entwicklungsländern. Berlin 1972. Duncker & Humblot. 133 S.

In den letzten Jahren hat sich bei der Projektbewertung das Interesse in zunehmendem Maße gesamtwirtschaftlichen Effizienzaspekten zugewandt. Ausgehend von der Erkenntnis, daß in den meisten Entwicklungsländern entweder noch keine hinreichend funktionsfähigen Märkte bestehen oder aber daß die Ergebnisse des Preismechanismus die volkswirtschaftlichen Knappheitsverhältnisse nicht korrekt widerspiegeln, wurden verschiedene gesamtwirtschaftliche Investitionskriterien entwickelt, mit deren Hilfe man glaubte, den volkswirtschaftlichen Projektnutzen ermitteln zu können.

Konrad hat sich die Aufgabe gestellt, diese Investitionskriterien zu begründen und einer kritischen Analyse zu unterziehen. Seine Darstellung beginnt er mit einem Überblick über die Globalstrategie des „Balanced Growth“ (BG). Dabei werden die bekannten Kritikpunkte an diesem Strategieansatz zusammengefaßt, die letztlich zu dem Resultat führen, daß BG lediglich einen Planungsrahmen schafft, innerhalb dessen eine zusätzliche Projektanalyse erforderlich ist. Diesen Ausführungen schließt sich im 2. Kapitel eine Formalisierung des BG-Konzepts mit Hilfe von Input-Output-Systemen an, und im 3. Kapitel vollzieht *Konrad* den Übergang zur linearen Optimierung. Seine Untersuchung hierzu stützt sich dabei auf die Anwendung der Programmierungsansätze von *Chenery*, der die Projektbewertung in letzter Konsequenz als Ausschnitt einer gesamtwirtschaftlichen Totalanalyse versteht, in der sämtliche existierenden Interdependenzen zu berücksichtigen sind.

Die hohen Anforderungen, die bereits in der theoretischen Analyse an die Programmierungskriterien gestellt werden müssen, lassen die Unrealisierbarkeit dieses Ansatzes in vielen Entwicklungsländern deutlich werden. *Konrad* weist zu Recht darauf hin, daß in diesem Falle partielle Investitionskriterien benutzt werden müssen, die sich auf den optimalen Einsatz eines bestimmten Investitionsbetrages bei gegebener Wirtschaftsstruktur orientieren, d. h. der totalanalytische Programmierungsansatz muß in der Praxis einem partialanalytischen Bewertungsschema weichen.

Im 4. Kapitel diskutiert *Konrad* deshalb die wichtigsten dieser partiellen Investitionskriterien. Sein Schwerpunkt liegt dabei auf dem Kapitalumschlags-, dem Reinvestitions-, den Zeitreihen- und den Grenzproduktivitätskriterien, Kriterien also, die sich einseitig auf das Sozialprodukt und seine zeitlichen Veränderungen beziehen. Da diese Kriterien mit Verrechnungspreisen operieren, werden im 5. Kapitel jene Verfahren aufgezeigt, die zur Ermittlung dieser Preise angewandt werden müssen.

Das 6. (und letzte) Kapitel schließlich hat die pekuniären externen Effekte zum Gegenstand, die insbesondere in der Strategie des BG eine dominierende Rolle spielen und deren verschiedene Erscheinungsformen ausführlich beschrieben werden.

Bei der Lektüre dieser Schrift fällt auf, daß sich *Konrad* sehr eng am Wachstumsziel in der Entwicklungspolitik orientiert. Die in den letzten Jahren immer stärker in den Vordergrund getretenen Beschäftigungs- und Verteilungsziele bleiben dagegen mehr oder weniger ausgeklammert. Daß aus einer derart einseitigen Ausrichtung Probleme hinsichtlich der Ermittlung von Prioritätsvorschlägen resultieren, liegt jedoch auf der Hand. So hängt z. B. die Höhe der Verrechnungspreise von der Gestalt der gesamtwirtschaftlichen Zielfunktion des betreffenden Landes ab: Eine wachstumsorientierte Analyse wird beispielsweise (in Anlehnung an *Galenson* und *Leibenstein*) mit einem anderen Verrechnungspreis der Arbeit operieren müssen wie eine beschäftigungsorientierte Untersuchung. Diese Probleme kommen in der Schrift *Konrads* leider nicht in dem Maße zum Ausdruck, wie es von der Relevanz dieser Probleme her angemessen gewesen wäre.

Sieht man von dieser grundlegenden Schwäche einmal ab, so kann man *Konrads* Schrift trotz verschiedener ungenauer Argumentationen, wie sie sich insbesondere in den Kapiteln 5 und 6 eingestellt haben, als einen ausgewogenen Überblick über jene Ansätze der volkswirtschaftlichen Projektbewertung ansehen, die als Vorläufer der umfassenderen und neuerdings auch in der Realität immer häufiger angewandten Cost-Benefit-Analyse verstanden werden können. Lediglich die Cost-Benefit-Analyse fehlt trotz des Erweckens einer gegenteiligen Erwartung in der Einleitung der Arbeit, doch soll dieser Vorwurf die Leistung *Konrads* nicht schmälern.

Hans R. Hemmer, Gießen

Bernhard Külp: Der Einfluß von Schlichtungsformen auf Verlauf und Ergebnis von Tarif- und Schlichtungsverhandlungen. Eine Meinungsumfrage. Berlin 1972. Duncker & Humblot. 114 S.

Die Arbeit berichtet über eine im Institut für Arbeitssoziologie und Arbeitspolitik an der Ruhr-Universität Bochum vorbereitete, 1970 durchgeführte Meinungsumfrage von neutralen Schlichtern und Beisitzern der Arbeitgeber und der Gewerkschaften von Schlichtungsverhandlungen in der Bundesrepublik über den Einfluß unterschiedlicher Schlichtungsmodalitäten auf den Verlauf und das Ergebnis der Schlichtung sowie deren Rückwirkung auf die Tarifverhandlungen selbst. Die Untersuchung ist Teil eines größeren Forschungsvorhabens — theoretische Analyse der Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten — und bedarf, wie der Verfasser hervorhebt, noch der Überprüfung durch andere Methoden: beobachtende Teilnahme, Simulationsexperimente, Auswertung statistischer Daten und Anwendung allgemeiner Theorien.

Der Verfasser hat anhand der gesamten erreichbaren Literatur über Schlichtungs- und Tarifstreitigkeiten Hypothesen über schlichtungstheoretische Wirkungszusammenhänge gesammelt und diese daraufhin überprüft, ob sie sich auf Schlichtungsformen, über die Erfahrungen vorliegen, und auf Funktionszusammenhänge beziehen, die in den unmittelbaren Erfahrungsbereich der Befragten fallen. Damit wurde die Befragung auf die in der BRD gegebenen Schlichtungsformen eingeeignet und insbesondere die Zwangsschlichtung ausgeklammert. Aus den Hypothesen sind die dem Fragebogen zugrunde liegenden Thesen entwickelt worden. Der Entwurf des Fragebogens ist den Spitzenverbänden der Tarifpartner zur Stellungnahme vorgelegt worden. Nach der schriftlichen Meinungsumfrage ist das Forschungsvorhaben in Tiefeninterviews „mit einigen besonders erfahrenen und wichtigen Persönlichkeiten des Schlichtungswesens“ erörtert worden.

Wesentlicher Gegenstand der schriftlichen Befragung war der Einfluß der folgenden Faktorengruppen der institutionellen Ausgestaltung der Schlichtungen: Zusammensetzung der Schlichtungskommission, neutraler Vorsitzender, Zustandekommen der Schlichtung, Friedenspflicht, Fristen, Zahl der Schlichtungsinstanzen, Schlichtungsspruch, sonstige, insbesondere der amerikanischen Literatur entnommene Probleme. Von den befragten Personen haben 123 = 72,8 %, darunter 33 Schlichter, 43 Arbeitnehmer- und 47 Arbeitgeberbeisitzer, geantwortet.

Die Ergebnisse werden auf über 70 Seiten in Tabellenform mit kurzen Erläuterungen, z. T. (die Polaritätsprofile) auch grafisch, dargestellt. Man mag zweifeln, ob sie den Aufwand der Befragung rechtfertigen. Daß von allen Befragten die Friedenspflicht während der Tarif- und Schlichtungsverhandlungen unbedingt bejaht wird, daß ein Schlichtungsspruch von den Tarifkommissionen nur selten abgelehnt wird, daß es sich empfiehlt, die Schlichtung nicht automatisch, sondern durch Anrufung in Gang zu setzen, daß die Schlichtungskommission der Tarifkommission möglichst kongruent sein sollte — um nur die wichtigsten (mehr oder minder) sicheren Ergebnisse zu nennen —, überrascht nicht, auch wenn nicht verkannt wird, daß die Untersuchung schon dann ihren Zweck erreicht, wenn sie gängige, aber bisher wissenschaftlich nicht verifizierte Annahmen bestätigt.

Gleichwohl wird man das Forschungsvorhaben begrüßen müssen. Die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten gehört zu den sozialen Bereichen, die der unmittelbaren wissenschaftlichen Beobachtung meist verschlossen sind, über die deshalb empirische Untersuchungen kaum vorliegen und die der sozialwissenschaftlichen Forschung wohl nur, jedenfalls aber in erster Linie, durch Befragungen zugänglich sind. Deshalb ist die vorliegende Untersuchung, gegen die methodische Einwendungen nicht zu erheben sind und die ihre Ergebnisse exakt und kritisch auswertet, verdienstlich. Zu fragen ist nur, ob nicht die Meinungsumfrage durch Interviews einiger der Befragten hätte ergänzt und die Ergebnisse in zusammenhängender wörtlicher Darstellung hätten wiedergegeben werden sollen. Selbst wenn unterstellt wird, daß die 169 Empfänger der versandten Fragebogen den wesentlichen Teil der in der BRD lebenden Beisitzer und neutralen Schlichter darstellen, erscheinen ganze 123 Antworten als eine zu schmale Basis für die vollständige tabellarische Wiedergabe, die Errechnung von Prozentsätzen und die Aufstellung von Kreuztabellen, zumal da es sich nicht um schlichte Tatsachenangaben, sondern oft um wertende und daher manchmal recht schwierige, stark subjektive Meinungsäußerungen handelt. Vielleicht ist jedoch insoweit eine andere Beurteilung geboten, wenn die Ergebnisse des gesamten Forschungsvorhabens vorliegen, denen man nach dem Inhalt dieser Teiluntersuchung mit großem Interesse entgegensehen muß.

Otto Kunze, Düsseldorf

Niklas Luhmann: Funktionen und Folgen formaler Organisation. 2. Aufl. Berlin 1972. Duncker & Humblot. 427 S.

Zum Zeitpunkt seines ersten Erscheinens 1964 wurde dieses Buch als eine der wichtigsten neueren deutschsprachigen Publikationen auf dem Gebiet der Organisationssoziologie bezeichnet. Dieses Urteil muß auch für die zweite unveränderte Auflage beibehalten werden, es stellt immer noch einen entscheidenden Beitrag zum besseren Verständnis von Formalisierungsprozessen in Organisationen dar. Manche in diesem Buch angesprochenen Themen hat

Luhmann in späteren Publikationen nochmals aufgegriffen und zum Teil auch weiterentwickelt, ohne aber dadurch den Wert dieser Schrift entscheidend beeinträchtigt zu haben.

Immer noch ist auch eines der größten Verdienste *Luhmanns* bisher nicht ausreichend genutzt worden, nämlich die große Zahl von Anregungen, Hypothesen und Hinweisen auf fortführende Forschungsmöglichkeiten, die hier enthalten sind und die weit über den eigentlich vom Autor beabsichtigten Rahmen hinausweisen. Während dieser offensichtlich auf eine Theorie formalisierter Organisation beschränkt bleibt, so sind doch viele Ideen hervorragend dazu geeignet, den Bezug zu einer übergreifenden gesamtgesellschaftlichen Theorie organisierter sozialer Systeme herzustellen. Dieser Bezug bleibt oft unausgesprochen, muß zwischen den Zeilen eruiert werden und wird doch um so wichtiger, je stärker die modernisierte Industriegesellschaft zur formal organisierten Gesellschaft wird.

Luhmanns Buch ist, im besten Sinne des Wortes, ein Lehrbuch, das nicht nur Pflichtlektüre für alle sein sollte, die sich mit den soziologischen Aspekten moderner Organisationswissenschaft vertraut machen wollen, sondern auch für alle, die ein Musterbeispiel funktionalistischer Betrachtungsweise suchen. *Luhmanns* Radikalfunktionalismus hat tatsächlich paradigmatischen Charakter und stellt ohne Zweifel auch den am stärksten angreifbaren Aspekt seiner Schrift dar. Immerhin aber läßt sich gerade hier sehr gut zeigen, wie die große herangezogene Literaturmenge nach funktionalistischen Gesichtspunkten ausgewählt und verarbeitet worden ist, wenn auch der Autor eben dadurch dem Material nicht immer ganz gerecht geworden ist.

Nicht zuletzt daraus ergibt sich, daß dieses Buch als permanente Aufforderung zur Diskussion verstanden werden muß, die sich aber nicht nur unter Soziologen und Organisationstheoretikern abspielen dürfte, sondern in die idealerweise auch der Verwaltungspraktiker einbezogen werden sollte, der besonders dankbar sein muß für die Konfrontation mit einer Theorie formaler Organisation, die nicht normativ, sondern tatsächlich „funktional“ ist.

Dieter Goetze, Augsburg

Werner Meißner u. Lutz Unterseher (Hrsg.): Verteilungskampf und Stabilitätspolitik. Bedingungen der Tarifauseinandersetzung. Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1972. Kohlhammer. 184 S.

Die Tarifverhandlungen sind Gegenstand einer umfangreichen angelsächsischen Literatur, die sich im Rahmen der labor economics vorwiegend mit den ökonomischen Problemen des Arbeitsmarktes und im Rahmen der industrial relations hingegen mit den soziologischen Fragestellungen befaßt. Beide Fragestellungen, also die Frage nach den Besonderheiten des Arbeitsmarktes wie die der soziologisch bestimmbaren industriellen Beziehungen, haben nach Meinung der Verfasser der vorliegenden Broschüre in der wissenschaftlichen Öffentlichkeit der BRD relativ wenig Beachtung gefunden. Allein einzelnen ökonomischen Variablen sei begrenzte Aufmerksamkeit zuteil geworden. Die Verfasser stellen sich die Aufgabe, diesen Diskussionsrahmen zu öffnen, indem sie politische und soziale Trends mitzuberücksichtigen versuchen.

In einem ersten Artikel ist *Meißner* bemüht aufzuzeigen, inwieweit der Verhandlungsspielraum der Tarifpartner durch stabilitätspolitische Erfordernisse begrenzt sei. Auf Grund des Wandels innerhalb unseres Gesellschafts-

systems (Ablösung des rein konkurrenzwirtschaftlichen Prinzips durch die Bildung von Monopolen und Oligopolen, sodann der zunehmende und immer systematischere Einfluß des Staates auf den Wirtschaftsablauf) stünden in den kapitalistischen Gesellschaften heutzutage weniger die Probleme zur Diskussion, die *Marx* aufgeworfen habe, die Krise und der Zusammenbruch sei durch eine Sozialisierung der Investitionen (gemeint ist die Vollbeschäftigungspolitik), die Verelendung der Arbeiter durch eine begrenzte Sozialisierung der Einkommen (gemeint ist eine Umverteilungspolitik) verhindert worden. Die Probleme hätten sich verlagert; in dem Maße, in dem der Staat das Problem der konjunkturellen Schwankungen und der Arbeitslosigkeit in den Griff bekommen habe, sei so etwas wie ein politisch bedingter Konjunkturzyklus entstanden (Bestehe Arbeitslosigkeit größeren Ausmaßes, sehe sich der Staat zu expansiven Maßnahmen gezwungen, sei jedoch auf Grund dieser Maßnahmen Voll- und Überbeschäftigung erreicht, so bedürfe es auf Grund der mit dieser Konjunkturlage verbundenen Inflationerscheinungen wiederum kontraktiver Maßnahmen). Weiterhin seien der Verteilungspolitik insofern enge Grenzen gezogen, als die Umverteilungspolitik weder Stabilität noch Wachstum gefährden dürfte; aus diesen Gründen gebe in den Tarifverhandlungen weniger das Verteilungsziel als die Machbarkeit der Konjunktur den Ausschlag. Schließlich habe die Vernachlässigung der Kollektivbedürfnisse (die These von *Galbraith* von der öffentlichen Armut bei privatem Reichtum) und das Ansteigen der externen Effekte bei der Güterproduktion einen zunehmenden Einfluß des Staates auch auf die Zusammensetzung des Sozialproduktes notwendig gemacht. Diese systemimmanenten Planungszwänge hätten schließlich in der Wirtschaftswissenschaft ihre Widerspiegelung gefunden: Die Nationalökonomie habe sich immer mehr zu einer Wissenschaft entwickelt, die darum bemüht sei, dem Politiker Lenkungsinstrumente an die Hand zu geben.

Ein zweiter Artikel von *Chr. Helberger* bringt einen Überblick über die Entwicklung der Einkommen und der Einkommensverteilung in der BRD, wobei der Verfasser aus den vorliegenden Statistiken den Schluß zieht, daß die Lohnpolitik der Gewerkschaften zumindest so lange nur in ganz geringem Maße verteilungswirksam sein könne, als die Tarifpolitik die Auflage habe, das wirtschaftliche Wachstum nicht zu stören. Es folgt ein Artikel von *O. Jacobi* über Ursache, Funktion und Ergebnis der Einkommenspolitik, in dem der Verfasser darzulegen versucht, aus welchen Gründen die derzeitige Einkommenspolitik seiner Meinung nach gescheitert sei und welche Alternativen augenblicklich diskutiert würden.

Die beiden anschließenden Artikel von *K. Schacht* und *L. Unterseher* gehen auf die institutionellen Besonderheiten des Tarifverhandlungssystems in der BRD ein. Anhand des von *H. Weitbrecht* entwickelten Begriffsapparates wird gezeigt, daß sich der Konfliktregelungsmechanismus „Tarifautonomie“ in der BRD bis in die 60er Jahre sowohl im Sinne makroökonomischer Effektivität wie auch organisatorischer Legitimität bewährt habe, daß aber in den 70er Jahren der Tarifautonomie eine Stabilitätskrise von zwei Seiten aus drohe: Mangelnde Effektivität (im Hinblick auf die Wachstums- und Stabilitätsziele) könne staatlichen Eingriff provozieren, mangelnde Legitimität führe hingegen zu spontanen Streiks und hohen Driftraten. Beide Prozesse seien aneinander rückgekoppelt und verstärkten sich gegenseitig.

Ein weiterer Artikel von *W. Streeck* widmet sich den innerorganisatorischen Problemen der Tarifverbände; es wird das Dilemma aufgezeigt, in das die Gewerkschaften im Zusammenhang mit der staatlichen Einkommenspolitik

geraten, indem sie entweder mit den Interessen ihrer Mitglieder oder mit den Stabilitätsanforderungen der Gesamtgesellschaft in Konflikt geraten. Ein abschließender Artikel von *J. Münstermann* geht an Hand sozialpsychologischer Untersuchungen der Frage nach, inwieweit das Klassenbewußtsein der Arbeiter von der sozialen Lage determiniert werde.

Die einzelnen Artikel dieser Broschüre sind von unterschiedlicher Qualität. Während einzelne Artikel, wie etwa die von *Helberger*, *Streeck* oder *Münstermann* auch für denjenigen Leser wertvolle Informationen bringen, der die ideologischen Voraussetzungen der Verfasser nicht zu teilen vermag, werden dem Leser in anderen Artikeln (vor allem in dem von *Jacobi*) die in der Zwischenzeit sattem bekannten marxistischen Phrasen zugemutet, so etwa die These, daß die Einkommenspolitik die Aufgabe habe, die Gewinninteressen des Kapitals unangetastet zu lassen, oder daß das explizite Ziel der Einkommenspolitik darin bestünde, die Einkommens- und Eigentumsverhältnisse zu konservieren, oder daß mit Beginn der Vollbeschäftigungsära Methoden gesucht würden, um die Gewerkschaften daran zu hindern, die günstige Arbeitsmarktsituation in den Dienst ihrer Umverteilungsziele zu nehmen. Das Anliegen der Verfasser, wirtschaftswissenschaftliche und soziologische Betrachtungsweisen miteinander zu verbinden, ist sicherlich berechtigt. Einzelne, durchaus fruchtbare Ansätze, vor allem die von *Streeck*, hätten vertieft und klarer gefaßt werden können, wenn die im Ausland entwickelten Theorien (etwa die von *Olson* oder von *Ross/Ashenfelter* u. a.) stärker verarbeitet worden wären.

Bernhard Külpe, Freiburg/Br.

Konrad Merkel u. Hans Immler (Hrsg.): DDR-Landwirtschaft in der Diskussion. Köln 1972. Verlag Wissenschaft und Politik. 126 S.

Das von Angehörigen des Instituts für Angewandte Agrarpolitik und Agrarstatistik der Technischen Universität Berlin herausgegebene Buch enthält nach kurzer Einführung elf Referate, die beim Symposium über die DDR-Landwirtschaft am 29. und 30. Oktober 1971 in Berlin gehalten worden sind.

Die Vortragenden gehören — mit nur einer Ausnahme — zu Hochschulen bzw. Forschungsanstalten, in denen Probleme der mitteldeutschen Wirtschaft seit Jahren wissenschaftlich untersucht werden. Insoweit ist es sicher, daß hier beste Kenner zu Wort kommen. Bei einigen älteren Forschern war auch die wichtige Voraussetzung gegeben, daß sie die Landwirtschaft der DDR schon lange vor dem Kriege und nach den Reformen ebenso wie die westdeutsche Landwirtschaft aus eigenem Erleben gründlich kennen und sachkundig vergleichen können. Als Tagungsteilnehmer hatte man den Eindruck, daß diese Voraussetzung unerläßlich ist, weil sonst die Gefahr, einander nicht mehr zu verstehen, unerträglich wächst.

Ein weiterer Vorzug des Buches ist darin zu sehen, daß hier das Problem Landwirtschaft von einer Reihe verschiedener Aspekte, so wie sie den speziellen Forschungen der Referenten entsprachen, behandelt wird. Dadurch ergibt sich ein auch die der Landwirtschaft benachbarten Gebiete umfassendes Bild.

In allen Referaten kehrt die Frage wieder, ob überhaupt und wie weit es möglich ist, die Landwirtschaften gegensätzlicher sozial-ökonomischer Ordnungen miteinander zu vergleichen, weil Betriebsformen, Statistiken, Be-

griffe, Methoden, Denkweise und Zielsetzungen im Laufe der Zeit ganz different geworden sind. Vergleichen muß man aber, denn ohne Vergleiche verliert das Gespräch Sinn und Zweck.

Hier teilen sich schon die Ansichten der Referenten. Immerhin wird in den meisten Vorträgen gezeigt, daß man vergleichen kann und muß, wobei die Ergebnisse in jeder Hinsicht zum Nachteil der DDR-Landwirtschaft ausfallen. Sie ist, teils als Folge permanenter Umformungen, mit so viel Schwächen belastet, daß die Aussicht, Leistungen der westdeutschen Landwirtschaft zu erreichen, verschwindend gering ist. Nur in einem Referat wird versucht, die Vorzüge der DDR-Landwirtschaft glaubhaft zu machen, freilich mit Einschränkungen hinsichtlich der Verfahren und erstrebten Ziele, so daß es schwerfällt, die Darstellung angesichts aller erdrückenden Gegenbeweise zu akzeptieren.

Das Buch ist sehr instruktiv, interessant und wohl das Beste, was es neuerdings zu diesem Thema gibt.

Hermann Schmidt, Kiel

Albrecht Mulfinger: Auf dem Weg zur gemeinsamen Mineralölpolitik. Die Interventionen der öffentlichen Hand auf dem Gebiet der Mineralölindustrie im Hinblick auf den gemeinschaftlichen Mineralölmarkt. Berlin 1972. Duncker & Humblot. 335 S.

Eine drohende Energieverknappung und die Energieabhängigkeit Europas von den rohölfördernden Ländern des Nahen Ostens rücken in letzter Zeit in das Interesse der Öffentlichkeit. Über das erstgenannte Problem kann man geteilter Meinung sein, das der Abhängigkeit der Europäischen Gemeinschaft von den Rohöleinfuhren stellt sich jedoch mit besonderer Schärfe. Das Rohöl deckt 65 % des gesamten Energiebedarfs, und dieser Anteil vergrößert sich noch weiter. Einer gemeinschaftlichen Mineralölpolitik und der Schaffung eines gemeinsamen Mineralölmarktes kommt somit entscheidende Bedeutung zu. Es ist daher zu begrüßen, daß *Mulfinger*, ein Fachmann auf diesem Gebiet, das Wort ergreift und die Problematik dieses schwierigen Themas untersucht.

In einer eingehenden Darstellung des Mineralölsektors in den einzelnen Ländern der EG zeigt der Verfasser klar die unterschiedlichen rechtlichen und ökonomischen Aspekte in den verschiedenen Phasen der Mineralölwirtschaft auf. Er scheut sich dabei nicht, die nationalen Politiken in diesem Bereich anzusprechen und auf integrationshemmende Widerstände hinzuweisen.

Ein weiterer bedeutender Abschnitt ist den Ansätzen zur Formulierung einer gemeinschaftlichen Energiepolitik unter besonderer Berücksichtigung der Mineralölpolitik gewidmet. Hier nennt *Mulfinger* klar die von der Gemeinschaft gemachten Ansätze und zeigt die Schwierigkeiten auf, die auf dem Weg zu einer gemeinsamen Mineralölpolitik liegen. Besonders die Problematik der Wettbewerbsverzerrungen auf dem Binnenmarkt der Gemeinschaft und die Notwendigkeit der Harmonisierung der Mineralölsteuern werden eindrucksvoll dargestellt.

Ein letztes ebenso bedeutendes und präzise geschriebenes Kapitel betrifft die internationalen Wettbewerbsverzerrungen aufgrund steuerlicher Vorteile der Mineralölgesellschaften dritter Länder. *Mulfinger* weist dabei besonders deutlich auf den Protektionismus der amerikanischen Mineralpolitik hin (Steuerbegünstigungen bei Investitionen, Anrechnungsmethode bei der Besteuerung ausländischer Einkünfte amerikanischer Mineralölgesellschaften).

Er unterbreitet im Anschluß Vorschläge für eine gemeinsame Mineralölpolitik, die u. a. eine Gleichstellung mit den amerikanischen Abschreibungsvorschriften anstrebt (steuerfreie Rücklage bei Substanzverbrauch, Sonderabschreibungen auf Explorationsinvestitionen). Des weiteren fordert *Mulfinger* steuerliche Maßnahmen zur Erleichterung der Unternehmenskonzentration, damit die europäischen Unternehmen im internationalen Wettbewerb bestehen können. Darüber hinaus werden Subventionen zur Unterstützung der Prospektions- und Fördertätigkeit empfohlen.

Mulfinger analysiert sorgfältig und richtig und argumentiert zutreffend. Aus seiner Arbeit sprechen Kompetenz und Sachverstand. Dem an energie-wirtschaftlichen und besonders an mineralölwirtschaftlichen Problemen arbeitenden Leser wird sie eine nützliche Unterlage sein. Diese zweifelsohne gute Arbeit hätte zwar noch gewinnen können, wenn sie im einführenden Kapitel auf die jüngsten Ereignisse im Bereich der Mineralölwirtschaft, die sich seit dem Abschluß der Arbeit (1970) und der Veröffentlichung (1972) ereignet haben, kurz eingegangen wäre; die behandelte Problematik erschiene dann noch aktueller. In jedem Falle legt sie auf eindrucksvolle Weise Zeugnis ab über die langwierige und hindernisreiche Arbeit im wirtschaftlichen Integrationsprozeß Europas.

Hans-Eike von Scholz, Brüssel

J. Heinz Müller und Siegfried Geisenberger: Die Einkommensstruktur in verschiedenen deutschen Ländern 1874 - 1913 unter Berücksichtigung regionaler Verschiedenheiten. Berlin 1972. Duncker & Humblot. 219 S.

In den letzten Jahren wurden vermehrt Untersuchungen über Einkommensstrukturen durchgeführt, wobei einmal die augenblicklichen Einkommensverhältnisse berücksichtigt, zum anderen aber auch die Wandlungen analysiert wurden, die sich in diesem Bereich im Laufe der Zeit vollzogen haben.

Diese Schrift beschäftigt sich insbesondere mit der Untersuchung der Veränderung der Einkommensstruktur in den wichtigsten deutschen Ländern an Hand detaillierten einkommensstatistischen Materials und schließt damit die bisher vorhandene Lücke einer Strukturanalyse der Einkommen in den Jahren 1874 bis 1913.

Das Buch gliedert sich in zwei Hauptteile: 1. die Abhandlung über „Die Änderung der Einkommensstruktur — Die tatsächliche Entwicklung“ von *J. Heinz Müller* und 2. die Studie von *Siegfried Geisenberger* „Wichtige Determinanten der Änderung der Einkommensstruktur. Versuch einer wirtschaftstheoretischen Deutung der Entwicklung in Preußen 1874 - 1913“.

J. Heinz Müller setzt sich besonders mit den theoretischen Grundlagen der Einkommensstrukturanalyse auseinander. Er weist nicht nur auf die möglichen Methoden einer derartigen Untersuchung hin, sondern sowohl auf die beiden Komponenten einer Einkommensanalyse (Bevölkerung und Einkommen) als auch auf die unterschiedlichen Auswahlkriterien in bezug auf das Ziel (soziale, ökonomische Aspekte) der Strukturanalyse und die Art der Untersuchung (Statusvergleich, Entwicklungsanalyse, Entwicklungsvergleich). Ferner zeigt er an Hand der preußischen, sächsischen, hessischen und badi-schen Einkommenssteuergesetzgebung aus den Jahren 1851 bis 1913 die entscheidenden Besonderheiten der Einkommenssteuersysteme auf, die bei der Auswahl der Methode der Strukturanalyse von Bedeutung sind. Aufgrund seiner mathematischen und graphischen Auswertung des bisher unter diesem

Aspekt noch nicht untersuchten vorhandenen Zahlenmaterials kommt *J. Heinz Müller* zu höchst interessanten Ergebnissen in bezug auf die Einkommensstruktur der deutschen Länder.

Im zweiten Teil des Buches befaßt sich *Siegfried Geisenberger* mit den Entwicklungstendenzen der Einkommensverteilung speziell in Preußen. Die Erklärung der personellen Einkommensverteilung erläutert er an Hand des statistischen Zahlenmaterials in Verbindung mit der historischen Situation Preußens. Mit Hilfe der Korrelations- und Faktoranalyse untersucht er die Struktur Preußens und einzelner Regierungsbezirke. Über regressionsanalytische Ansätze wird ein Verteilungskoeffizient ermittelt, der bei einer weiteren Analyse der interessierenden Einkommenskategorien (Handel, Gewerbe, Bergbau) weitere Verwendung finden kann. Mittels zusätzlicher statistischer Methoden können darüber hinaus auch volkswirtschaftliche Größen wie Spareinlagen und Investitionen analysiert werden. Insgesamt erklärt diese Studie im Rahmen der empirischen Möglichkeiten die Verteilungsänderungen der Einkommen in Preußen, wobei berücksichtigt werden muß, daß — wie der Verfasser selbst ausführt — die Ergebnisse nicht allgemein für andere Länder Gültigkeit haben.

Die in diesem Buch aufgezeigten Methoden zur Untersuchung und Auswertung statistischen Materials sowie die Ergebnisse der Analysen der Einkommensstrukturen der deutschen Länder machen dieses Werk zu einer interessanten und aufschlußreichen Lektüre für Wirtschaftsstatistiker, -theoretiker und -historiker.

Lutz Mehl, Aachen

Karin Müller-Heine: Agrarpolitische Ziele und ihre Einordnung in den gesamtwirtschaftlichen Zielkomplex. Göttingen 1972. Otto Schwartz & Co. 257 S.

Wissenschaftliche Zielanalysen der Agrarpolitik streben auch für diesen Teilbereich der Wirtschaftspolitik die Formulierung eines optimalen Zielsystems an, das es den Agrarpolitikern ermöglichen soll, das Endziel jeglicher Wirtschaftspolitik — die Förderung der wirtschaftlichen Wohlfahrt — für ihren Sektor zu realisieren. Ein solches Zielsystem verlangt u. a. die Formulierung eindeutiger Teilziele, Zielharmonie zwischen Unterzielen und Oberzielen, politisch realisierbare Zielkombinationen und realistische Zielbegründungen. Die zur Diskussion stehende Studie bemüht sich — vor dem Hintergrund der praktischen Agrarpolitik insbesondere der BRD und der EWG — mit Erfolg um einen solchen Ansatz. Ausgehend von einer kurzen Analyse der gegenwärtigen Situation der Landwirtschaft werden zunächst die agrarpolitischen Ziele analysiert und erörtert sowie in Relation zu den übergeordneten gesamtwirtschaftlichen Zielen dargestellt. Ihre Gliederung erfolgt dabei anhand des Kriteriums, ob ihre Realisierung durch die Wirtschaftspolitik mittels Schutzintervention oder Anpassungsintervention erreicht werden soll bzw. kann, wobei seitens der Autorin „Schutzintervention“ als eine Dauermaßnahme primär zur Hebung der Rentabilität der Agrarproduktion definiert wird, während sie unter „Anpassungsintervention“ einen zeitlich begrenzten Eingriff in den Wirtschaftsablauf zugunsten der Landwirte versteht. Sie kommt zu dem Ergebnis, daß in der BRD, der EWG und auch in anderen Ländern Agrarpolitik z. Z. überwiegend noch Agrarschutzpolitik ist, obwohl sie Anpassungspolitik sein sollte und zunehmend als solche „verkauft“ wird.

Breiter Raum wird — der Themenstellung der Untersuchung entsprechend — der eigentlichen Zielanalyse eingeräumt. Sie beschäftigt sich insbesondere mit dem Verhältnis der Ziele sowohl der Agrarschutzpolitik als auch der Agraranpassungspolitik zu den Hauptzielen (wirtschaftlicher Wohlstand, wirtschaftliche Gerechtigkeit, wirtschaftliche Sicherheit, wirtschaftliche Freiheit) der allgemeinen Wirtschaftspolitik. Auch in der Landwirtschaft sind die Produktionsfaktoren so effizient wie möglich einzusetzen, um einerseits das angestrebte Produktionsvolumen so kostengünstig wie möglich realisieren und andererseits die Wohlstandseinbußen durch den aus Sicherheitsgründen erforderlichen Agrarschutz (Krisenargument) so gering wie möglich halten zu können. Verbleibende Einkommensdisparitäten sind anpassungspolitisch zu beseitigen. Änderungen der gegenwärtigen Agrarpolitik in die aufgezeigte Richtung können jedoch nur behutsam und schrittweise geschehen, um soziale Krisen im Agrarbereich zu vermeiden.

Ernst Zurek, Bonn

Claudio Napoleoni: Economic Thought of the Twentieth Century. London 1972. Martin Robertson & Company Ltd. 170 S.

Das hier anzuzeigende Buch ist die englische Edition des Originals „Il Pensiero Economico del Novecento“ (II. Aufl. Turin 1963). Es gibt eine Vortragsreihe wieder, die *Napoleoni* 1960/61 im italienischen Rundfunk gehalten hat. Eine deutsche Ausgabe erschien unter dem Titel „Grundzüge der modernen ökonomischen Theorie“ (Frankfurt a. M. 1968).

Alessandro Cigno, der die vorliegende Übersetzung besorgte, hat eine kurze Einleitung hinzugefügt, die den Weg der Wirtschaftstheorie seit *Ricardo* nachzeichnet und zugleich die Auswahl- und Gliederungskriterien der in diesem Querschnitt zur Sprache kommenden Sachbereiche und Lehrbeiträge erläutert. Die Darstellung geht aus von einer Bestandsaufnahme der totalen und partiellen Gleichgewichtsanalyse um die Jahrhundertwende und erörtert alsdann *Robbins'* methodologische Position, die Ausbildung der Wohlfahrtsökonomik und die Grundgedanken von *Schumpeters* Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Anschließend berichtet *Napoleoni* über die von *Staffa* eingeleitete Neuorientierung der Markt- und Preistheorie sowie über *Keynes'* „General Theory“ und deren Einfluß auf die Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die folgenden Abschnitte behandeln den Erkenntnisfortschritt auf den Gebieten der Stagnations- und (in einem von *Cigno* beigezeichneten Kapitel) der Wachstumstheorie, der Theorie der Wirtschaftsplanung und der Entwicklungsländerforschung und enden mit einer Zwischenbilanz moderner ökonomischer Theorie, wobei freilich nur einige Schwerpunkte weiterführender Fragestellungen und Lösungsansätze skizziert werden.

Aus seiner ursprünglichen Zweckbestimmung als Rundfunkmanuskript erklärt sich, daß dieser schmale Essayband die tiefgreifende und vielgleisige Fortentwicklung der Nationalökonomie seit 1900 nur in einem groblinigen Überblick zu umreißen vermag. Ob den Hörern des Vortragszyklus damit ein klares und ausgewogenes Bild von der aktuellen Reichweite der Wirtschaftstheorie vermittelt werden konnte und ob aufs gleiche Ziel hin den „non-specialist readers“ mit diesem Textbuch gedient ist, steht dahin. Autor und Herausgeber haben bewußt solche Problemkreise und Lehrstücke ausgeklammert „which are not concerned with the functioning of the economic system as a whole“ (S. 5). Daß der Ausbau der Wirtschaftstheorie in den letzten fünfzig Jahren mehr und mehr von ihren Sonderzweigen her vonstatten ging,

mußte so leider unberücksichtigt bleiben. Auch hätten die bibliographischen Hinweise nicht die vorzügliche angelsächsische Lehrbuchliteratur zur Theoriengeschichte auslassen sollen.

Antonio Montaner, Mainz

Walter F. Neubauer: Sozialpsychologie junger Angestellter. Wien, New York 1972. Springer-Verlag. XV, 209 S.

Bei der „Sozialpsychologie junger Angestellter“ handelt es sich um eine empirische Untersuchung, die der Autor mit außeruniversitärer finanzieller Unterstützung an ca. 500 Angestellten im Alter von 18–35 Jahren in Oberösterreich mit Hilfe eines umfangreichen standardisierten persönlichen Interviews durchgeführt hat.

Aus der Vielzahl der detaillierten und differenzierten Ergebnisse erscheinen zwei besonders bemerkenswert: zum einen die starke einstellungsmäßige Distanzierung der Angestellten sowohl den Arbeitern als auch den Beamten gegenüber, zum anderen die geschlechtsspezifisch sehr unterschiedliche Interpretation der Berufsrolle, die sich in geringerer Identifikation mit dem Beruf und gedämpfteren Zukunftserwartungen der Frauen zeigt.

Bei näherer Beschäftigung mit den Daten wird einem dann — so eindrucksvoll einige Ergebnisse auch sein mögen — die Problematik von Untersuchungen wie der vorliegenden bewußt, die nicht nur in der sehr fraglichen Generalisierbarkeit liegt. Die Methodik der Untersuchung, obwohl charakteristisch für empirische Arbeiten ähnlicher Fragestellung und bewußt auf Vergleichbarkeit angelegt, befriedigt nicht. Man erfährt etwas über Klassenhäufigkeiten in Prozenten, über die Signifikanz von Mittelwertdifferenzen (geprüft mit dem t-Test) und über den Zusammenhang zweier Variablen (r_{ph} , Chi-Quadrat oder Kontingenz-Koeffizient), wobei nur in wenigen Ausnahmefällen der Einfluß einer dritten Variable auf derartige bivariate Verteilungen überprüft wurde. So erfährt man beispielsweise, daß Männer häufiger als Frauen Gewerkschaftsmitglied sind und daß Gewerkschaftsmitglieder häufiger bestimmte Publikationen lesen. Wird man dann darüber informiert, daß Männer diese Publikationen häufiger als Frauen lesen, so fragt man sich, ob nun die Geschlechtsrolle, die Gewerkschaftsmitgliedschaft oder irgendeine weitere Variable hier determinierend wirkte. Vor ähnlichen Problemen steht man bei beinahe jedem der mitgeteilten Ergebnisse. Nun kann eine Befragung nicht leisten, was von einem Experiment zu fordern wäre, doch würde man sich differenzierte Auswertungsverfahren, etwa Berechnungen der partiellen Korrelation, Varianz- und Kovarianzanalysen oder Verfahren der Datenreduktion — etwa die Faktorenanalyse — auch bei Untersuchungen wie der vorliegenden wünschen. Eine sinnvolle Interpretation der Daten und eine Einordnung der Ergebnisse in einen theoretischen Kontext ist dem Leser bei der hier gewählten Vorgehensweise kaum möglich. Dies ist bedauerlich, da Information auf der Grundlage empirischer Feldarbeit im deutschsprachigen Raum zu selten erhoben wird; sie zu gewinnen, erscheint im Sinne des Fortschritts der angewandten Sozialpsychologie in hohem Maße verdienstvoll. Die nicht voll befriedigende methodische Verarbeitung dieser Information kann man Neubauer kaum zum Vorwurf machen. Er ist sich des Problems bewußt und bemühte sich um Vergleichbarkeit mit anderen Studien. Die Vergleichbarkeit ist gewahrt: Der Vorwurf trifft somit fast das gesamte Fach.

Lutz von Rosenstiel, Augsburg

Werner Pöls (Hrsg.): Deutsche Sozialgeschichte, Dokumente und Skizzen. Band I 1850 – 1870. München 1973. C. H. Beck'sche Verlagsbuchh. XVII, 398 S.

In der Einleitung setzt sich der Herausgeber mit dem Begriff und dem Inhalt der Sozialgeschichte auseinander. In der traditionellen deutschen Geschichtsschreibung ist sie im wesentlichen geschichtliches Neuland, in ihrer wirklichen Bedeutung wurde sie erst nach 1945 entdeckt. Nach Pöls erfaßt sie auch den Menschen in seinen konkreten individuellen Lebensverhältnissen. Im Mittelpunkt der gebrachten Texte steht der Alltag in seiner Unmittelbarkeit, in seinen verschiedensten Bereichen, gezeichnet von Zeitgenossen, sei es unmittelbar registrierend, sei es aus der Erinnerung notiert. Vom 19. Jahrhundert liegt eine fast unübersehbare Fülle einschlägiger Literatur vor. Die abgedruckten Quellen beruhen auf einer Lektüre von etwa 2000 Bänden Erinnerungsliteratur, wie Memoiren, Aufzeichnungen und Tagebüchern. Verfasser sind Menschen aller Stände, Gruppen und Landschaften: Handwerksburschen und Handwerksmeister, Arbeiter, Industrielle, Künstler, Schriftsteller, Beamte, Offiziere, Gelehrte, Ärzte und Pfarrer. Die Auswahl erfolgte, soweit wie möglich, unter dem Gesichtspunkt der Anschaulichkeit, der zeitlichen und lokalen Differenzierungen und der Erfassung eines möglichst breiten Spektrums. Die benutzten Quellen waren vielfach nicht zur Veröffentlichung bestimmt, sie sind erst später veröffentlicht worden. Daß sie oft subjektiv sind, ist verständlich. Mit Recht weist der Autor auf S. XII darauf hin, daß damals das geschriebene Wort eine weitaus größere Bedeutung hatte als heute, denn es gab „weder eine ausgedehnte, weitverbreitete informierende Presse . . . , noch Kommunikationsmittel im Sinne unserer Zeit“. Dazu kamen die unzureichenden Verkehrsmittel. Das Buch soll — nicht „will“, wie der Verfasser auf S. XII schreibt — keine „wissenschaftliche Edition im strengen Sinne sein . . . , sondern ein Buch, das berichtet und erzählt aus den verschiedenen Bereichen“. Es soll den historisch Interessierten ansprechen und vor allem auch Lehrer und Schüler.

Nach der Einleitung gibt der Autor einen kurzen Überblick über die Verteilung der deutschsprachigen Bevölkerung und über die Sozialstruktur der deutschen Bevölkerung um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Die zum Abdruck gebrachten Dokumente und Skizzen werden auf drei Abschnitte verteilt, „Von Menschen und Dingen“, „Arbeitswelt und soziale Probleme“ und „Verkehr und Transport“. Es ist nicht möglich, im Rahmen dieser kurzen Besprechung auf alle Texte einzugehen.

Im Abschnitt I werden u. a. Bilder vom Zustand der damaligen Städte, vom Wohnen, von Mode und Heilkunst, von landwirtschaftlichen Verhältnissen und der gesellschaftlichen Gliederung gezeichnet. Der Leser findet Dokumente vom berühmten Göttinger Autorenstreit, unter ihnen auch Briefe der Gebrüder Grimm, sowie Berichte, die sich mit der Presse- und Theaterzensur befassen. Im Abschnitt II bringt der Herausgeber Dokumente und Skizzen vom Zunftleben und Fabrikwesen, vom sozialen Leben in Stadt und Land. Auszüge aus Schriften von Marx, Wichern, Kolping, Bischof von Ketteler sind abgedruckt. Die Paragraphen der preußischen Gewerbeordnung von 1845, die das Koalitionsverbot der Arbeiter betreffen, werden gebracht. Dem Abschnitt III schickt der Herausgeber einige Ausführungen voraus. Nach ihm können wir uns keine lebendige Vorstellung mehr machen, wie die Menschen leben konnten, „ohne die heutige so selbstverständlichen modernen Mittel der Beförderung von Mensch und Sache“ (S. 342). Er wirft die Frage auf, ob es wirklich ungetrübter Fortschrittsglanz ist oder ob sich nicht auch dunkle Flecken darunter mischen (z. B. Bombenflugzeuge), Personen- und Warenverkehr werden in zeitgenössischen Berichten beschrieben. Nette Schilderungen über Reisen in der Post-

kutsche, das Aufkommen der Eisenbahnen, die damaligen Fahrpläne und Berichte über Zeit und Kosten der Reisen sind wiedergegeben. Auch ein kurzer Auszug aus dem berühmten bzw. berüchtigten Gutachten der bayerischen Ärzte über die Gefahr der Eisenbahnen ist vorhanden.

Ein zweiseitiges Ortsverzeichnis, das übrigens nicht nur Orte, sondern auch Länder aufführt, und ein umfangreiches Literaturverzeichnis befinden sich am Schluß. Das letztere enthält im allgemeinen nur die für dieses Buch benutzten Werke. Bei der Angabe des Buches von *Bähr* ist ein Druckfehler unterlaufen, es muß nicht Zobelwitz, sondern -titz heißen. Mißverständlich ist die Angabe, daß die Schrift von *Ruge* 1913 erschienen sei, hier handelt es sich vielmehr um eine spätere Wiederveröffentlichung.

Das Buch bringt viel, man wird es mit Interesse lesen. Die Frage, die sich stellt, ist, ob Auswahl der Autoren und der gebrachten Texte gut war. Man wird das weitgehend bejahen können. Nur gelegentlich stößt man auf Schilderungen, bei denen man sich fragt, ob sie unbedingt notwendig waren. Das Buch ist gut geeignet, sozialgeschichtlichen Übungen zugrunde gelegt zu werden, wobei man von bestimmten Themen des gebrachten Materials ausgehend zur Erarbeitung brauchbarer Einsichten in vergangene soziale Verhältnisse kommen kann.

Bruno Schultz, Berlin

Andreas Predöhl, Gustav Cassel, Joseph Schumpeter, Bernhard Harms: Drei richtungsweisende Wirtschaftswissenschaftler. Göttingen 1972. Vandenhoeck & Ruprecht. 77. S.

Die vorliegende Schrift enthält den Wiederabdruck von drei Beiträgen, die *Predöhl* in den Jahren 1941, 1963 und 1964 veröffentlicht hat. Diese drei Nationalökonomien haben seine eigene wissenschaftliche Entwicklung geprägt; in ihnen sieht er Persönlichkeiten, die geeignet sind, gerade jetzt in die Zukunft zu wirken im Gegensatz zu Modeströmungen, wie sie unser Fach mehr denn je beherrschen und von denen abzulenken, sein Bestreben ist (S. 5).

Cassels „Einfluß auf die deutsche Wirtschaftswissenschaft am Ausgang der Historischen Schule kann schwerlich überschätzt werden“ (S. 9). Ihm ist die Renaissance der deutschen Wirtschaftstheorie zu verdanken. Er führte *Walras* und *Marshall* in die deutsche Wissenschaft ein, jedoch ist fast alles, was sein System bringt, von *Walras* besser formuliert und von *Marshall* tiefer erfaßt worden (S. 13). Gegenüber *Cassels* Vorbildern bedeutet der Verzicht auf das Marginalprinzip in seinem System aber einen Rückschritt. Auch bringt eine vollkommene Ausscheidung der Marktformen eine Verkümmern der Theorie mit sich; diese müßten bei einer Weiterführung des Systems wieder eingesetzt werden. Will man vermeiden, daß die moderne Wirtschaftstheorie sich selbst ad absurdum führt, muß man nach *Predöhl* zu *Cassels* Denkformen zurückkehren. Jetzt läuft die moderne Theorie Gefahr, sich in mathematischer Technik zu verkrampfen, die den ökonomischen Sinngehalt kaum noch erkennen läßt“ (S. 25). *Predöhl* wendet sich nicht gegen die Mathematik als solche, denn sie erschließt der Theorie mit der Ökonometrie sogar neue praktische Anwendungsbereiche (S. 25). Bei *Cassel* finden wir eine „Rückbesinnung auf die Grundformen der Theorie und der historischen Tradition unserer Wissenschaft zugleich“ (S. 25).

Nach dem Autor ist *Schumpeter* „der große Synthetiker, der wie kein anderer geeignet ist, uns die Wirtschaftsprobleme der Gegenwart verständlich zu machen“ (S. 6). Er bewegt sich in denselben Bahnen wie *Cassel*, jedoch ist die-

ser überlegen in der Breite; *Schumpeter* dagegen geht mehr in die Tiefe. Er führt die angelsächsische Variante der modernen klassischen Theorie in die deutsche Wirtschaftswissenschaft ein. Sein Verdienst ist ferner, erkannt zu haben, daß der Konjunkturzyklus nichts anderes ist als die Form des Wachstums der kapitalistischen Wirtschaft (S. 6). Daher muß nach *Predöhl* an diese Erkenntnis angeknüpft werden, wenn unsere Wissenschaft zu einer umfassenden Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung gelangen soll. Da der hier wiederabgedruckte Beitrag *Predöhl*s zur Festschrift von *Mackenroth* bereits 1941 erschienen ist, konnte der Autor nicht alle entscheidenden Werke von *Schumpeter* berücksichtigen.

Am ausführlichsten wird *Harms* behandelt, von dessen Intentionen sich die zukünftige Wirtschaftswissenschaft noch mehr werde leiten lassen müssen als die gegenwärtige. Er hat die deutsche Wirtschaftswissenschaft gelehrt, „die Weltwirtschaft zu sehen und die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge zu erkennen, in die die deutsche Wirtschaft einzuordnen ist“ (S. 6). Die Weltwirtschaftslehre ist für *Harms* keine selbständige Wissenschaft, sondern ein Sachgebiet der Wirtschaftswissenschaft; er wollte nur „die internationalen Wirtschaftsbeziehungen der Einzelwirtschaften als ein besonderes Erfahrungsobjekt neben ihre nationalen stellen“ (S. 52). Dabei ist nach *Predöhl* *Harms* noch der Historischen Schule verhaftet geblieben, da „er den Primat der Theorie, der mit dieser Wendung verbunden ist, nicht voll erkannt hat“ (S. 54). *Harms* hat auch als einer der ersten festgestellt, „daß die Sozialwissenschaften ähnlich wie die Naturwissenschaften des großen wissenschaftlichen Apparates bedurften, der die Materialsammlung und die Materialauswertung mit modernen Methoden betreiben müsse, wenn sie den wachsenden Anforderungen gerecht werden sollten, die Wirtschaftspolitik und Wirtschaftspraxis an sie stellten“ (S. 56). Diesem Ziel diene sein 1911 in Kiel gegründetes Institut für Weltwirtschaft, das bald Weltruf erlangte. Die Gründung einer Fördergesellschaft für das Institut ist nach *Predöhl* der Genialität von *Harms* zu verdanken; damit habe er einen neuen Stil in das deutsche Universitätsleben eingeführt, der sich trotz kritischer Einwände bewährt hat. *Harms* gehört trotz vielfacher Anfeindung, der er stets ausgesetzt war, zu den führenden Vertretern unseres Faches.

Für ein Verdienst von *Predöhl* halte ich es, daß er gerade in der heutigen Zeit die Aufmerksamkeit der Dozenten und Studierenden unserer Wissenschaft auf diese drei Vertreter hinweist, die als Gelehrte „auf Anhieb nichts miteinander zu tun zu haben scheinen“, aber der Synthese dienen, „die wir bei der Bewältigung unserer Gegenwartsfragen dringender benötigen denn je“ (S. 6). *Schumpeter* hätte im Vergleich zu *Cassel* und *Harms* m. E. ausführlicher behandelt werden können.

Zum Schluß sei noch gesagt, daß das Buch flüssig geschrieben ist und wärmstens empfohlen werden kann.

Bruno Schultz, Berlin

Dieter Römheld: Das Hickssche Konjunkturmodell und seine monetäre Problematik. Berlin 1972. Duncker & Humblot, 90 S.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, ein Konjunkturmodell zu konstruieren, das mehrere aktuelle Ursachen als erklärende Variablen enthält. Ausgangspunkt ist dabei das *Hickssche* Konjunkturmodell, das als reale Komponente später mit monetären Teilgrößen kombiniert werden soll. Das eigentliche Anliegen der Arbeit besteht dann also im Zusammenfügen *Keynesscher* und *Hicksscher* Modellüberlegungen.

Dazu ist es zunächst erforderlich, das Hickssche Modell zu beschreiben und zu erläutern. Der Verfasser hält sich hierbei neben *Hicks* selbst an Ausführungen von K. Rose, A. E. Ott und T. Tewes. In diesem ersten großen Teil der Arbeit kann natürlich kaum etwas Neues zur Konjunkturtheorie beigetragen werden. Dennoch, die Darlegungen sind didaktisch recht geschickt vorgetragen.

Der zweite große Teil der Arbeit enthält eine kritische Würdigung der Modellhypothesen von *Hicks* — der Verfasser hält sich hier eng an *Rose* — und endlich daran anschließend eine Einbeziehung von monetären Faktoren in das reale *Hicks*-Modell. Dies geschieht vor allem in Anlehnung an *Tewes* und *R. Richter / R. Selten*. Hier fließen dann auch einige eigene Gedanken in Form von Erweiterungen bestimmter Modellannahmen bzw. von in diesen enthaltenen Definitionen ein. Wiederum sind die verbalen Erläuterungen des Verfassers recht geschickt, wenngleich die formalen Zusammenhänge in der Originalliteratur, weil ausführlicher, besser verständlich sind.

Zusammenfassend ergibt sich, daß der Verfasser zum Problem selbst kaum etwas Neues beitrug, seine Ausführungen aber klar und verständlich erscheinen. Die Arbeit gibt einen guten, zusammenfassenden Überblick.

Manfred Borchert, Münster/Westf.

Heinz Sauermann (Hrsg.): Beiträge zur experimentellen Wirtschaftsforschung. Band III (Contributions to Experimental Economics, Vol. III). Tübingen 1972. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 699 S.

Die „Frankfurter Schule“ der experimentellen Wirtschaftsforschung präsentiert sich in diesem Konferenzband international. *Heinz Sauermann*, der Vater der Frankfurter Forschergruppe (deren herausragendste Vertreter schon lange an anderen Universitäten wirken), hatte 1971 zu einer Konferenz in Kronberg/Ts. eingeladen. Ziel dieser Zusammenkunft: „Not only an appraisal of experimental economics to-day and the possibility of contacts between independently working scientists, but also to realize the present strategic position of this field of research“ (S. 2). Der Themenbereich ist nun breiter als in den beiden ersten Bänden (vgl. Rezensionen in *Schmollers Jahrbuch* 3/1969 und 6/1970). Neben dem bisher bevorzugten Gebiet der Oligopoltheorie, das auch hier mit sieben von 25 Beiträgen vertreten ist, sind es besonders die Arbeiten zu einem makroökonomischen Entscheidungsmodell (vier Beiträge), welche besonderes Interesse verdienen. Der Forschungsansatz ist der gleiche: Zwischen Wirtschaftsrealität und Theorie tritt eine Vermittlerstufe, das Laboratoriumsspiel mit Studenten als mikro- oder makroökonomische Rollenträger. Ob sich der studentische Entscheider nun als „Oligopolist“ oder als „Zentralbank“ versteht, der Verhaltensunterschied, gesteuert durch vorgegebene Planungs- und Entscheidungsvariablen, kann so groß nicht sein. In beiden Fällen kann die Anspruchsanpassungstheorie der Entscheidung bei beschränkter Rationalität (*Simon, Sauermann, Selten*) untergelegt werden. Der Erkenntnisfortschritt solcher „makroökonomischer“ Spiele ist dann auch gegenüber den mikroökonomischen Oligopolspielen, bei denen die Reduktion des Problems auf ein Laborexperiment noch einigermaßen vertretbar erscheint, nur sehr begrenzt. Von Einzelheiten der makroökonomischen Modellkonstruktion — lapidar heißt es: „The model is constructed in such a way that equilibrium growth is possible“ (S. 271) — oder der Spielergebnisse — ein „typischer“ Spielverlauf zeigt einen Wechsel des realen Nettosozialprodukts von -8% auf $+16\%$ innerhalb zweier Perioden (S. 272) — soll hier nicht gesprochen werden. Zur Diskussion steht

vielmehr die Einschätzung des genannten Forschungsansatzes. Der tschechische Autor *Unčovský*, dessen Beitrag über „The Role of Experimental Methods in a Socialist Economy“ deswegen nicht typisch für die in diesem Konferenzband versammelten Arbeiten ist, weil er „Feldexperimente“ durchführt, kommt zu dem Schluß: „Several experiments of this type show that conducting the experiments with persons other than the real managers has little meaning. Experiments with other persons, for example students, have no great value due to the difficulties in formulation and creation of realistic conditions under which the decisions are to be made“ (S. 464/5). Diesem deutlichen Wort kann ich mich nicht anschließen. Die experimentelle Wirtschaftsforschung, ein Ansatz neben mathematischer Wirtschaftstheorie und Ökonometrie, hat auf dem Gebiet der individuellen Präferenz- und Nutzentheorie (auch dazu gibt es hier einige Beiträge) und einzelwirtschaftlicher Entscheidungssituationen zweifellos Verdienste, etwa die Revidierung allzu einfacher Verhaltensaxiome der ökonomischen Theorie. Daneben können Laborexperimente ein gutes Lehr- und Ausbildungsinstrument sein.

Der Ausflug auf mikroökonomisches Terrain allerdings macht die Problematik dieses Forschungsansatzes deutlich. Insofern bietet der vorliegende Band gute Belege für die Möglichkeiten und Grenzen der experimentellen Wirtschaftsforschung.

Werner Meißner, Frankfurt/Main

Gernot Schäfer: Zur Rohstoffversorgung Japans. Nationale und internationale Maßnahmen zur langfristigen Sicherung der Rohstoffversorgung. Ausgangssituation und Strategien für Eisenerz, Kokskohle und Mineralöl. Opladen 1972. Westdeutscher Verlag. 350 S.

Das Buch *Gernot Schäfers* erscheint gerade zu einem richtigen Zeitpunkt, vor allem deswegen, weil es bei den gegenwärtig sich häufenden deutschsprachigen Japan-Publikationen eine Lücke schließt. Bisher gibt es keine empirisch so fundierte Monographie über die Bewältigung der vielzitierten „Rohstoffarmut“ in Japan.

Unter den Industrienationen hat Japan wegen der Rohstoffversorgung eine Ausnahmestellung. Für die japanische Volkswirtschaft hat die langfristige Sicherung der Rohstoffversorgung stets eine Herausforderung dargestellt, in deren Überwindung sich auch die Dynamik des japanischen Wirtschaftswachstums offenbart. Vor dem Zweiten Weltkrieg vermochte Japan seine Rohstoffversorgung durch die schrittweise Einbeziehung der rohstoffreichen Nachbarländer in Ost- und Südostasien in die japanische Volkswirtschaft zu erreichen. Nach dem Zweiten Weltkrieg richtete sich das „priority production“-System unter den Alliierten primär auf die Überwindung des Rohstoffmangels. Und insbesondere der Beginn des „beschleunigten Wachstums“ (*kodo seicho*) Anfang der sechziger Jahre stand mit einer langfristigen Planung der Rohstoffversorgung in einem engen Zusammenhang.

Der Verfasser weiß mit sorgfältig erhobenen Daten und thematisch gut angelegten Ansätzen nachzuweisen, daß Japan mit einer Rohstoffimportabhängigkeit von 61 % (1968, S. 29) beispielhaft in der „wirtschaftspolitischen Rahmenentscheidung auf makro- und mikroökonomischer Ebene ist, die den Zielkonflikt zwischen der Maximierung der Sicherheit und der Maximierung der Wirtschaftlichkeit löst“ (S. 24). Zu Recht wird von *Schäfer* festgestellt, daß für Japan — anders als für andere Industrienationen — nicht die „Synthese aus Sicherheit und Wirtschaftlichkeit“ (S. 27), sondern vielmehr die Erreichung der

„langfristigen Versorgungssicherheit und Eliminierung von Versorgungsstörungen“ (S. 31) von entscheidender Bedeutung sind. Aus diesem Grunde geht der Verfasser im Zweiten Teil (S. 34 - 290) neben einer ausführlichen Untersuchung der internationalen Marktsituation, insbesondere der Importabhängigkeit und der regionalen Umstrukturierung der Versorgungsquellen jeweils über Eisenerz, Koks- und Mineralöl den langfristigen Sicherungen von Rohstoffen und deren Preis- und Transportproblemen nach. Besondere Beachtung finden im dritten Teil die japanespezifischen sekundären Instrumente zur Rohstoff-sicherung, wie die konzertierte Aktivität der *sogo sosha* („Vielzweckhandels-häuser“), die mit der Rohstofferschließung und -lieferung verkoppelte Entwick-lungshilfe, die Förderung der Kapitalanlagen im Ausland und die staatlichen Finanzierungshilfen. Interessant wäre es gewesen, hierbei die Frage abzu-klären, welche Rolle den großen Unternehmerverbänden, wie z. B. Keidanren, Nikkeiren etc. zukommt, da die wirtschaftlichen Grundentscheidungen der japanischen Regierung hinsichtlich der Rohstoffversorgungspolitik in erster Linie durch Keidanren beeinflusst werden. Am Rande sei bemerkt, daß Keidan-rens Vorschlag, einen Fonds aus dem japanischen Devisenbestand zur lang-fristigen Finanzierung der Rohstoffsicherung zu gründen, gegenwärtig inten-siv diskutiert wird.

Resümierend folgert *Schäfer* bezüglich der japanespezifischen Rohstoffversor-gungspolitik, daß für die Erreichung der unabhängigen Rohstoffversorgung die „weitestreichende Beeinflussung der Rohstofferschließung, -förderung und -verteilung“ (S. 329) notwendig sei. Hierfür seien zwei Methoden, nämlich lang-fristige Lieferabkommen und Direktinvestitionen als primäre Instrumente relevant, welche durch die obengenannten japanespezifischen sekundären er-gänzt werden (S. 335).

Es wäre wünschenswert, wenn der Verfasser bei nächster Gelegenheit auf folgende Gesichtspunkte eingehen würde: den historischen Wandel der Roh-stoffversorgungspolitik, andere wichtige Rohstoffe, die Rohstoffversorgung im Zusammenhang mit der Umweltverschmutzung und genauere Angaben über die japanischen Quellen und Behörden.

Sung-Jo Park, Bochum

Brunhilde Scheuringer: Die Berufsmobilität von Frauen. Linz 1972. Österrei-chisches Institut für Arbeitsmarktpolitik. 295 S.

Da empirische Untersuchungen zur Mobilitätsproblematik sich in der Regel auf die Betrachtung des männlichen Arbeitnehmers beschränken, ist es dan-kenswert, daß hier einmal eine Studie vorgelegt wird, die sich ganz dem Be-rufsleben der Frau widmet. *Brunhilde Scheuringer* will prüfen, ob die bei Män-nern im Hinblick auf Arbeitsplatz- und Berufswechsel gefundenen Ergeb-nisse auf die weiblichen Arbeitnehmer übertragbar sind.

Dazu führt sie eine Befragung von 324 Frauen in drei Linzer Betrieben durch. Es handelt sich also um keine Repräsentativerhebung; vielmehr müssen die Ergebnisse durch weitere größere Studien überprüft werden. Eingangs des Buches wird ein guter Überblick über die Resultate bereits vorliegender Mobi-litätsuntersuchungen gegeben. Sodann werden klar Hypothesen abgeleitet und anschließend anhand des gewonnenen Materials geprüft.

Kritisch ist folgendes anzumerken: Der „Fragebogen“ und der „Interviewer-leitfaden“ (den „Fragebogen“ füllten die Frauen selbst zu Hause aus; außer-dem wurde im Betrieb interviewt, wobei wahrscheinlich der Interviewer die

Antworten mitschrieb) werden dem Leser vorenthalten. So etwas dürfte es heute nicht mehr geben. Da der Wert empirischer Untersuchungen mit der Ädäquatheit und richtigen Handhabung der Untersuchungsmethode steht und fällt, müssen beide für Dritte nachprüfbar sein. Dies ist im vorliegenden Fall bezüglich der richtigen Handhabung der Interviewmethode nur bedingt gegeben, da die Fragebögen des schriftlichen und mündlichen Interviews fehlen. Unter den wenigen Frauen, die verstreut im Textteil des Buches angegeben werden, sind einige suggestiv. Ein weiterer methodischer Mangel: Wir erfahren, daß die 324 Interviews von nur drei Personen durchgeführt wurden. Das legt die Vermutung nahe, daß in den Ergebnissen ein gerichteter Fehler (bias) aus „Interviewereffekt“ enthalten ist (dieser Fehler wird um so kleiner, je geringer die Zahl der Interviews ist, die der einzelne Interviewer durchführt; d. h. es hätten nicht drei Interviewer je hundert Befragungen vornehmen sollen, sondern hundert Interviewer je drei Befragungen). Schließlich läßt die Auswertung und Interpretation des Zahlenmaterials zu wünschen übrig. Bei nur einem geringen Teil der gefundenen Unterschiede (z. B. in der Häufigkeit des Arbeitsplatzwechsels bei Gruppen verschiedener Berufsqualifikation) wurden Signifikanzprüfungen vorgenommen. In einigen anderen Fällen werden auch recht kleine Differenzen ungeprüft als statistisch überzufällig, d. h. als gruppenspezifisch angesehen und interpretiert.

Trotz der — wegen methodischer Schwächen und fehlender Repräsentativität der Stichprobe — geringen Aussagekraft der Ergebnisse möchte ich das Buch unbedingt zur Lektüre empfehlen. Neben der bereits erwähnten guten Auswertung früherer Studien und der deutlichen Herausarbeitung der zu prüfenden Hypothesen besticht die Arbeit durch ihre klare Gliederung und sinnvolle Anregungen zu weiterführenden empirischen Untersuchungen.

Hans Joachim Harloff, Dortmund